

Warum will die Schweiz partout keine freie Schulwahl?

Höchste Hürde im Rennen um freie Schulwahl ist der Erfolg der Schweizer Staatsschule. Dabei könnte doch gerade hier Konkurrenz das Geschäft beleben. Von Walter Hagenbüchle

In der Schweiz sind die Osterferien mancherorts nurmehr Erinnerung. Die Volksschüler sind wieder eingerückt und drücken mehr oder minder lustvoll die Schulbank. Die meisten wurden ihrer Klasse behördlich zugewiesen – einer Lehrperson in einer Staatsschule des Wohnquartiers. Einige allerdings lernen dank elterlichem Sondereffort, der sich nach der Finanzlage oder anderen Einflussnahmen bemisst, an einer andern Schule. An einer, von der sich die Erziehenden bessere Rahmenbedingungen für ihren Sprössling versprechen. Bessere beispielsweise dank weniger Störfaktoren aufgrund eines zu hohen Ausländeranteils.

Ritzen am Solidaritätsprinzip?

Dann fällt die Wahl oft auf eine Privatschule, in der im Umfeld ähnlich Begabter und Motivierter – oft indes auch ähnlich Unbegabter und Unmotivierter – die Beschulung in einem weltanschaulich homogenen Umfeld zielführender scheint. Oder auch auf eine Schule, die bessere und flexiblere ausserschulische Betreuung bietet und damit berufstätige Eltern entlastet. Klassenwahl als Klassenkampf sozusagen. Nach diesem Mecano wäre die Schulwahl in der Schweiz längst gegeben – allerdings nicht über das Kriterium der pädagogischen Methode, sondern über den Einfluss der Eltern.

Solches Leiden am System mag die «Elternlobby» angetrieben haben, mit unermüdlichem Eifer via kantonale Demokratie echte schulische Wahlfreiheit zu erreichen. Ziel des Efforts soll eine alle integrierende Volksschule sein, die dank Wahlfreiheit die Zweiklassengesellschaft verhindern und die Erziehungsverantwortung der Eltern fördern könnte.

Mit dieser hehren Absicht aber ist die «Elternlobby» bisher grandios gescheitert. Fast 80 Prozent Ablehnung gab es in Baselland, über 82 Prozent in St. Gallen und 83 Prozent im Thurgau. Nun kommt es Mitte Juni zum Showdown im bildungspolitischen Leitkanton. Doch auch hier scheint das Verdikt klar, auch in Zürich rechnen die Auguren mit einem Waterloo. Dies, obwohl die Initianten ihr Anliegen entschärft haben, indem sie den Systemwechsel erst ab der vierten Klasse und nur an frei zugänglichen Schulen mit gleich hohem Schulgeld wie an öffentlichen Schulen fordern.

Höchste Zeit also, sich zu fragen, warum eigentlich in der Schweiz die Stimmung für die freie Schul-

wahl so negativ ist. Als Hauptgrund muss der historisch gewachsene Erfolg der staatlichen Volksschule genannt werden, die zum Symbol sozialer und weltoffener Integration geworden ist. Allzu gern ausgeblendet wird dabei, dass es oft gerade dieser herkulische Anspruch an die Reparaturwerkstätte der Gesellschaft ist, der das Kerngeschäft des Lehrens und Lernens zunehmend erschwert. Ein weiterer starker Widerstand der Gegner freier Schulwahl hängt eng mit dieser Erfolgsgeschichte zusammen. Es ist die Furcht, dass bei freier Wahl die staatliche Volksschule und auch weiterführende Bildungsinstitutionen durch falsch verstandenen Liberalismus destabilisiert würden.

Was aber bedeutet die Angst konkret? Sie bezeichnet zum einen den – nicht unberechtigten – Zweifel daran, ob auch Eltern aus bildungsfernen Schichten bei diesem Wahlpoker die Spielregeln für die beste Bildungszukunft ihrer Kinder beherrschen. Und sie benennt zum Zweiten ebenso berechtigt die Gretchenfrage, ob bei freier Schulwahl – vorab mangels klaren Konsenses darüber, was denn eine gute Schule wirklich ausmacht – tatsächlich im Wettbewerb auch die pädagogisch besten Anbieter überleben würden. Viele fürchten, dass bei freier Wahl die Segregation gar verstärkt und Ghetto-Schulen gefördert würden. Auf den Punkt bringt solche Bedenken die schrille Fernsehserie «Schwedens beste Scheisschule». Tenor der publikumswirksamen Jagd nach öffentlichkeits scheuen Besitzern freier Schulen: Auf Kosten der Schüler und Eltern bereichern sich Konzerne als Träger freier Schulen, statt gute Ausbildung anzubieten. Ein bitterböses Fazit zur 1992 in Schweden eingeführten Wahlfreiheit im staatlichen Schulwesen.

Schulqualität messen

So weit müsste es in der Schweiz bei der freien Schulwahl nicht kommen. Zentral ist deshalb, zuerst einen Konsens darüber zu finden, was denn eine gute Schule tatsächlich ausmacht. Die Chance dazu besteht. Wenn sich einheitliche Lehrpläne und Harmos etabliert haben, wird es eine Art Ranking für Schulqualität geben. Es lohnt sich also, auch nach der absehbaren Abfuhr im Kanton Zürich die Debatte um die freie Schulwahl mit Engagement weiterzuführen. Nur schon um den Druck auf die Volksschule hoch zu halten – auch bei der mangelnden Flexibilität im Bereich ausserschulischer Betreuungsangebote.